

92.057-33

**EWR. Anpassung des Bundesrechts  
(Eurolex)  
Bundesgesetz über die Invalidenversicherung.  
Aenderung**

**EEE. Adaptation du droit fédéral  
(Eurolex)  
Loi fédérale sur l'assurance-invalidité.  
Modification**

Botschaft II und Beschlussentwurf vom 15. Juni 1992 (BBI V 520)  
Message II et projet d'arrêté du 15 juin 1992 (FF V 506)

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Entrer en matière

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, ch. I introduction**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 1**

*Antrag der Kommission*

Unverändert

**Art. 1**

*Proposition de la commission*

Inchangé

**Kündig**, Berichterstatter: Die Beibehaltung des geltenden Gesetzestextes ist notwendig, weil wir der Weiterführung der freiwilligen Versicherung für Schweizer in Staaten ausserhalb des EWR zugestimmt haben.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 20 Abs. 1 zweiter Satz**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 20 al. 1 deuxième phrase**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 28 Abs. 1, 1bis, 1ter**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Onken, Weber Monika)

*Abs. 1*

Unverändert

*Abs. 1bis, 1ter*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Petitpierre*

*Abs. 1*

Unverändert

*Abs. 1bis, 1ter*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 28 al. 1, 1bis, 1ter**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Onken, Weber Monika)

*Al. 1*

Inchangé

*Al. 1bis, 1ter*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Petitpierre*

*Al. 1*

Inchangé

*Al. 1bis, 1ter*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Art. 29 Abs. 1**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Onken, Weber Monika)

Unverändert

*Antrag Petitpierre*

Unverändert

**Art. 29 al. 1**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Onken, Weber Monika)

Inchangé

*Proposition Petitpierre*

Inchangé

**Kündig**, Berichterstatter: Dürfte ich bitten, dass die Artikel 28 und 29 gemeinsam behandelt werden, weil sie in direktem Zusammenhang stehen, und dass Herr Onken zuerst das Wort zur Vertretung des Minderheitsantrages bekommt, der übrigens in der Kommission nicht als solcher definiert war?

**Onken**, Sprecher der Minderheit: Gestatten Sie mir zunächst zwei Vorbemerkungen. Erstens: In der Kommission haben wir über den Grundsatz entschieden, und ich musste deshalb keinen Detailantrag mehr unterbreiten; der Grundsatzentscheid hatte dies überflüssig gemacht. Zweitens ist Ihnen ein Antrag von Kollege Petitpierre ausgeteilt worden, und ich möchte klarstellen, dass unser Antrag – derjenige von Frau Weber und mir – mit demjenigen von Herrn Petitpierre ganz exakt übereinstimmt.

Wir wollen alle das gleiche: Bei Artikel 28 wollen wir bei Absatz 1 den bisherigen Text beibehalten und die Absätze 1bis und 1ter streichen, und bei Artikel 29 Absatz 1 wollen wir den bisherigen Text ebenfalls beibehalten.

Dieser Antrag zielt darauf ab, die Viertelsrente nicht aufzuheben, sondern sie auch im Europäischen Wirtschaftsraum weiterzuführen. Das ist möglich. Nichts zwingt uns dazu, diese Viertelsrente abzuschaffen oder überhaupt etwas zu ändern. Das wird durch das Gemeinschaftsrecht nicht gefordert. Wir dürfen die Viertelsrente weiterführen. Aber wir dürfen nicht Schweizer Bürgerinnen und Bürger gegenüber Angehörigen anderer EWR-Länder besserstellen. Wir müssen vielmehr eine Gleichbehandlung verwirklichen; und diese Gleichbehandlung und namentlich den damit verbundenen Export der Leistungen will man nicht.

Deshalb soll diese Viertelsrente ersatzlos, ohne Kompensation, gestrichen werden. Dagegen wehre ich mich ganz entschieden. Der Europäische Wirtschaftsraum darf nicht durch einen so spürbaren Abbau sozialer Leistungen erkaufte werden. Die Invaliden sind zu Opfern bereit. Sie sind damit einverstanden, dass gewisse Leistungen, auf die sie bisher direkt Anspruch erheben konnten, in die Ergänzungsleistungen eingebaut werden. Sie sind damit einverstanden, dass die sogenannte Härtefallrente in Zukunft nicht mehr gewährt wird.

Es ist nicht so, dass sie bei der kleinsten und geringsten Aenderung bereits aufschreien und sich wehren. Dort, wo es unabänderlich ist, fügen auch sie sich in das Notwendige.

Hier jedoch, bei dieser Viertelsrente, wo die Praxisänderung keineswegs zwingend ist, wehren sie sich. Dies vor allem aus zwei Gründen:

Erster Grund: Diese Viertelsrente erleichtert die berufliche Wiedereingliederung von Invaliden. Sie ist erst 1988 mit dem Ziel eingeführt worden, eine feinere Rentenabstufung zu ermöglichen. Viele haben davon auch Gebrauch gemacht. Wenn ein Versicherter nämlich befürchten muss, dass die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit dazu führt, dass er seine halbe Rente – diese kann ja durchaus grössere Beträge umfassen – nicht mehr bekommt, dann wird er auf diesen beruflichen Wiedereinstieg verzichten.

Diese Viertelsrente hat die Uebergänge geschmeidiger gemacht und hat es damit vielen ermöglicht, eine berufliche Tätigkeit, auch eine Teilzeitarbeit, wieder aufzunehmen. Es wäre ein Rückschritt, wenn man das wieder abschaffen würde. Bei der letzten Aenderung war man sogar der Auffassung, man müsste dieses System mit einer Dreiviertelsrente noch flexibler, noch schmiegsamer machen, um die Wiedereingliederung zu fördern.

Der zweite Grund, weshalb sich die Invalidenverbände geschlossen gegen diese Streichung wehren, ist der, dass sie einen Abbau sozialer Leistungen darstellt. Wohl kann man einwenden, es seien «nur» 4000 Personen, die diese Viertelsrente ausbezahlt bekommen. Für diese 4000 Betroffenen ist es natürlich sehr schmerzlich, wenn diese Viertelsrente plötzlich wegfällt. Ein Familienvater mit zwei Kindern hat beispielsweise bisher bei voller Beitragszeit 945 Franken im Monat bekommen, was einen Betrag von jährlich über 11 000 Franken ausmacht. Wenn dieser von einem Tag auf den anderen entfällt bzw. seine Auszahlung in Zukunft bei neuen Fällen nicht mehr möglich ist – für heutige Bezüger ist ja immerhin eine Uebergangsregelung vorgesehen –, dann ist das ein Einschnitt. Hier werden Härtefälle entstehen, wird eine soziale Lücke in unser Netz gerissen, und das sollte nicht geschehen.

Die Gründe, die für die Abschaffung sprechen, sind ohnehin nicht zwingend. Natürlich bedingt dieser Export der Leistungen einen gewissen administrativen Mehraufwand. Der Mehraufwand resultiert jedoch nicht aus der Viertelsrente. Wenn sich ein Gesuchsteller an die Behörden wendet, dann muss sein Fall ohnehin individuell abgeklärt werden. Es muss exakt und umsichtig untersucht werden, ob es sich nun um eine halbe Rente oder eine Viertelsrente handelt. So oder so muss sein Invaliditätsgrad individuell erhoben werden. Ob es also 55 Prozent Invaliditätsgrad sind, was eine halbe Rente ermöglichte, oder 45 Prozent, was zu einer Viertelsrente führen würde, oder 35 Prozent, was gar keine Rente ergäbe: es ist immer der gleiche Aufwand, der letztlich zu leisten ist. Dieses Argument ist – mit Verlaub – nicht stichhaltig.

Das zweite Argument für die Abschaffung sind die Kosten, ist die finanzielle Mehrbelastung. Hier ist man auf Schätzungen angewiesen. Die einen sagen, dass es etwas mehr sein wird, die anderen sagen – ich gehöre dazu –, dass es nicht so viel sein wird: Die Viertelsrente ist im Ausland nicht bekannt; nur ein Bruchteil der Leistungen wäre zu exportieren. Lassen wir es bei den Schätzungen des Bundesamtes für Sozialversicherung: Es wird dort von 7 Millionen Franken gesprochen – 7 Millionen Franken, die jedoch durch den Wegfall der Härtefallrente, der nicht bestritten ist, gerade wieder kompensiert werden. Es ist also nicht so, dass gegenüber heute eine echte Mehrbelastung entstünde.

Kurz: Bei einem bescheidenen, tragbaren Mehraufwand und bei verkraftbaren finanziellen Mehrbelastungen kann und

sollte diese Viertelsrente nicht aus dem Gesetz gestrichen werden. Ich bitte Sie, diesem Abbau von sozialen Leistungen nicht stattzugeben. Ich bitte Sie, den Europäischen Wirtschaftsraum nicht auf Kosten von bedrängten Menschen, die unsere Unterstützung und unsere Solidarität besonders nötig haben, zu verwirklichen, und ich bitte Sie, sich hier nicht eine neue Front der Ablehnung aufzuladen. Die Abstimmung wird ohnehin schwierig genug werden.

Ich bitte Sie, diese Viertelsrente im Gesetz zu belassen.

**Kündig, Berichterstatter:** Wenn sich die Mehrheit der Kommission hier dem Antrag des Bundesrates angeschlossen hat, diese Viertelsrente aufzuheben, so sicher nicht, um irgendwelche Rentner damit in Schwierigkeiten zu bringen. Sie hat insbesondere durch ihren Antrag – nämlich in den Uebergangsbestimmungen festzusetzen, dass alle bisherigen Rentner auch in Zukunft so lange Renten bekommen, wie sie Anspruch darauf haben – klar gezeigt, dass sie keinen heutigen Rentner irgendwie bestrafen möchte. Sie glaubt aber, dass die Entwicklung im europäischen Raum dazu angetan ist, dass man sich diese Rente grundsätzlich überlegt.

Wir kennen heute zwei verschiedene Systeme der Zusatzleistungen unter den Sozialversicherungen, nämlich das System des Risikoprinzips – da wird nur von dem Staat die Leistung erbracht, in dem der Unfall oder die Invalidität eingetreten ist – und die anteilmässige Entschädigung. Anteilsmässige Entschädigung heisst: Wenn jemand irgendwo invalid wird, ist die Sozialversicherung eines jeden Staates, in dem diese Person einmal versichert war, anteilmässig zu Entschädigungen aufgerufen.

Nun hat die Schweiz als einziges europäisches Land eine Viertelsrente. Kein anderes Land kennt Renten in dieser Höhe. Es könnte also ohne weiteres sein, dass Rentenansprüche von Leuten entstehen, die schon während sehr langer Zeit nicht mehr in der Schweiz sind und die von keiner anderen staatlichen obligatorischen Invalidenversicherung Leistungen bekommen, Leistungen, die sich in wenigen Franken ausdrücken und deren Ueberweisungskosten wahrscheinlich mehr ausmachen als die Rentenbezüge.

Weil wir die einzigen sind, die dieses Invaliditätsrisiko abdecken, wären wir Schweizer in jedem dieser Fälle dann auch verpflichtet, die notwendigen rechtlichen und medizinischen Abklärungen im Ausland vorzunehmen.

Wenn heute die Frage der Wiedereingliederung in den Vordergrund gestellt wird, muss man eines sehen: Man muss die Rente von den Wiedereingliederungsmassnahmen trennen. Während einer Eingliederungsphase oder Eingliederungszeit hat der Invalide oder Teilinvalide Anspruch auf Taggelder. Während dieser Zeit wird er durch Taggelder entschädigt. Erst wenn er eingegliedert ist, wirkt eine Rente, die seiner Behinderung angemessen ist. Ich glaube nicht, dass es durch das Abschaffen dieser erst im Jahre 1988 eingeführten Viertelsrente hier zu Missständen oder zur Schlechterstellung für den Versicherten kommen wird; vielmehr heben wir damit etwas auf, das nicht mehr ins Konzept der internationalen Parität im Bereich der Invalidenversicherung passt.

In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der Regierung mit dem Zusatz, in den Uebergangsbestimmungen die bisherigen Renten auch in Zukunft sicherzustellen.

**M. Petitpierre:** Je précise que j'ai fait ma proposition parce que je ne trouvais pas clair le texte du dépliant. Je ne savais pas à quoi se rapportait le maintien et pour être sûr qu'il n'y aurait pas de problème, j'ai présenté une proposition, qui a exactement la même portée. Il s'agit de supprimer la rente pour les cas pénibles, ainsi que l'interdiction d'exportation, mais de réintroduire la rente d'un quart.

J'aimerais essayer de donner quelques arguments supplémentaires, bien que tout ait pratiquement déjà été dit par M. Onken. Premièrement, ce que nous venons d'entendre de la bouche de M. Kündig est frappant, concernant cette discipline que nous devons essayer de nous imposer. Tout cela était déjà connu quand nous en avons parlé en 1986, il n'y a pas de faits vraiment nouveaux. On ouvre un débat d'opportunité sur l'existence d'une rente qui est pourtant importante.

Elle a même été si importante que ça a été un cheval de bataille dans le débat de 1985/1986, et on en parle dans le cadre de l'Espace économique européen, mais il n'y a pas de motif impératif d'en parler à cette occasion. Je ne trouve pas cela bon. De même l'eurocompatibilité, à l'époque déjà, on était en tête avec ce système, on l'a accepté; pourquoi ne resterions-nous pas en tête dans ce domaine en attendant que l'Europe nous rejoigne peut-être sur ce point, dans le sens d'un certain progrès de l'affinement des rentes? Ce premier point, je trouve que ça va trop loin et qu'il faut vraiment imposer une distorsion à la relation avec l'EEE, pour pouvoir justifier la suppression du quart de rente.

Sur le fond, l'échelonnement des rentes est quelque chose qui n'est pas nécessairement coûteux, et qui peut même permettre des économies, dans la mesure où on est amené à forcer des diagnostics: devant la brutale alternative du tout ou rien, on va forcer le diagnostic afin d'éviter le rien et cela coûte finalement plus cher. Je suis convaincu que, de ce point de vue là, les économies seront difficiles à prouver. Comme M. Onken l'a dit, les frais administratifs doivent être engagés de toute façon, quand il y a une requête: il faut examiner le cas et je doute qu'il y ait beaucoup de frais administratifs supplémentaires. Le seul problème, le seul point nouveau également, c'est l'exportation. Mais l'exportation ne justifie pas à mon sens, qu'on dise aux Suisses de l'avenir qui souffrent d'un handicap limité (les droits acquis ne seraient pas touchés): «Vous n'aurez plus droit à cela parce qu'on ne veut pas prendre le risque d'exporter quelques rentes à des gens qui ne seraient pas en Suisse». Ce raisonnement n'est vraiment pas très bon: faire supporter aux uns le fait qu'on ne voudrait pas que d'autres nous coûtent un petit peu. Je trouve que tous ces motifs-là sont vraiment beaucoup trop légers, au fond, pour qu'on aille dire avant une votation difficile: «Voilà, nous parlons solidarité européenne du 1er janvier au 31 décembre, nous parlons d'eurocompatibilité eh bien! pour vous, cela signifie la perte de la possibilité d'une rente d'un quart». Je trouve que dans ce contexte l'idée de solidarité européenne a une tonalité trop triste et j'insiste pour qu'on suive la proposition de M. Onken.

**Rüesch:** Es wird nun das sogenannte Gespenst des Sozialabbaus bemüht und in diesem Saal zum Erscheinen gebracht. Meines Erachtens ist es vollkommen falsch, hier von Sozialabbau zu sprechen. Der Sprecher der Minderheit hat so getan, als ob man sämtlichen Leuten, die heute eine Viertelsrente haben, diese wegnehmen will. Das hat die Kommission korrigiert: Keinem heute Benachteiligten wird ein wohlverworbenes Recht auf eine Viertelsrente weggenommen. Es geht nur darum, dass man keine neuen Viertelsrenten mehr gewährt.

Meines Erachtens kann man nicht Sozialpolitik betreiben, indem man alles, was man einmal beschlossen hat, auf ewige Zeiten fortschreibt, ungeachtet dessen, ob sich die Sache bewährt hat oder nicht. Wenn sich eine Sache nicht bewährt hat, muss man sie korrigieren, weil sonst die Mittel – die auch in der Sozialversicherung endlich sind und nicht unendlich – am falschen Ort eingesetzt werden. Wenn die Mittel am falschen Ort eingesetzt werden, dann haben wir Sozialabbau: dann steht für die Benachteiligten eine kleinere Summe zur Verfügung, die verteilt werden kann.

Es ist meines Erachtens so, dass sich diese Viertelsrente einfach nicht so bewährt hat, wie man sich das seinerzeit gewünscht hat. Die meisten Empfänger sind noch beruflich aktiv. Die Kontrolle der Berechtigung ist äusserst schwierig, und bei Personen, die sich im Ausland aufhalten, besteht eine grosse Missbrauchsgefahr. Diesem Missbrauch kann man kaum begegnen, ohne einen «unmöglichen» administrativen Aufwand zu entwickeln. Kommt es zu einem Export dieser Leistungen ins Ausland, dann können de facto Unberechtigte im Ausland IV-Renten beziehen. Somit fehlen diese Mittel den Benachteiligten bei uns, weil ja der Kuchen nicht unendlich, sondern endlich ist.

Zusammengefasst ist es so, dass nicht die Abschaffung dieser Viertelsrenten für die kommende Generation – für die bisherigen Rentner bleibt sie – Sozialabbau ist, sondern der Einsatz

von Mitteln am falschen Ort, der unberechtigte, ungezügelter Export von Mitteln ins Ausland. Das ist für mich Sozialabbau.

Nun noch ein Wort zur politischen Situation. Wenn gewisse Leute in Sachen EWR für alle möglichen Bereiche das Gespenst des Sozialabbaus bemühen, kommt man manchmal um den Eindruck nicht herum, dass diese Leute sich damit von ihrer Zustimmung zum EWR distanzieren möchten. Mit dem neuen Gespenst finden sie zudem ein Alibi, um dann auf jene zeigen zu können, die «schuld» sind, wenn der EWR-Vertrag schliesslich scheitern sollte. Diese Schwarzpeterpolitik kann man nicht akzeptieren.

Im übrigen ist es abstimmungstaktisch so, dass nicht nur das Gespenst des Sozialabbaus negativ wirken könnte. Auch das Gespenst des ungezügelter Exportes sozialer Leistungen könnte negativ auf das Abstimmungsverhalten unserer Bevölkerung wirken.

Unsere Kommission hat hier einen klaren Kompromiss gewählt, der den bisher Berechtigten ihr Recht lässt und in Zukunft Missbrauch zugunsten der Verteilung der Mittel auf diejenigen, die sie auch nötig haben, verhindert.

Ich bitte Sie, bei den Artikeln 28 und 29 der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Delalay:** J'ai de la sympathie pour cette proposition qui porte sur le maintien du quart de rente, car cette solution a été introduite après une longue lutte, bien qu'il faille relever que finalement les bénéficiaires ne sont pas très nombreux en Suisse – environ 4000 aujourd'hui – et que la situation actuelle est garantie pour ceux qui sont déjà au bénéfice de ce quart de rente.

Le problème est posé effectivement maintenant par l'exportation du quart de rente si nous le maintenons d'une façon générale. Certains chiffres sont importants. L'an passé, la Caisse suisse de compensation a rejeté 2000 demandes de prestations d'invalidité à l'étranger, avec un degré d'invalidité inférieur à 50 pour cent. On estime que les cas qui pourraient se produire à l'avenir pour les quarts de rentes se chiffrent à 700 par année, ce qui n'est pas vraiment négligeable. L'instruction des dossiers prend de nombreux mois et coûte des dizaines de milliers de francs par cas, selon la Caisse suisse de compensation, pour aboutir bien souvent à des rentes de 5, 10 ou 12 francs par mois. Il ne faut pas oublier en effet qu'il s'agit de personnes ayant travaillé peu de temps en Suisse, et lorsqu'on calcule un quart de rente sur des cotisations minimes on arrive à des sommes pratiquement négligeables. Finalement, le problème est là: devons-nous, par l'ouverture, maintenir l'instruction de cas à l'étranger qui coûtent plusieurs dizaines de milliers de francs pour certains d'entre eux et débouchent sur des rentes négligeables pour les bénéficiaires? Pour ma part, j'en resterai à la décision de la commission car ces frais quasiment inutiles pèsent sur les assurés suisses et je crois que le maintien de ce quart de rente ne mérite pas qu'on s'y attarde.

**Frau Weber Monika:** Herr Rüesch, Sie waren etwas massiv, ich muss Ihnen das sagen. Ich glaube doch, dass die Diskussion in diesem Raum an sich sehr gemässigt und normal verläuft. Es wurde nicht von einem enormen Abbau gesprochen, sondern es wurde hier eine vernünftige Diskussion, ein Dialog, geführt.

Ich habe mich aber gemeldet, weil Sie zweimal gesagt haben, man sollte Mittel streichen, die am falschen Ort eingesetzt werden. Ich möchte mit aller Betonung bestreiten, dass heute die Mittel am falschen Ort eingesetzt werden. Ich möchte klar und deutlich sagen, dass wir alle in diesem Rat wissen, dass wir dieses Gesetz nicht ändern, weil die Mittel am falschen Ort eingesetzt werden und deshalb irgendeine Korrektur anbringen müssen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in den achtziger Jahren sehr viele Gespräche über diese Viertelsrente geführt haben. Ich kann mich an alt Ständerat Miville erinnern; ich glaube, wir haben uns alle sehr darum bemüht, dass diese Viertelsrente zustande gekommen ist. Wir wissen, dass wir diese Lösung 1988 in der Hoffnung eingeführt haben, dass eine Eingliederung der Invaliden besser möglich wird.

Es ist ehrlich, wenn wir einfach sagen: Die Gefahr des «Exportes» macht uns Schwierigkeiten. Da sind wir uns nämlich alle einig, ob Vertreter der Minderheit oder der Mehrheit; wir alle haben ein bisschen Angst vor dem Export dieser Leistungen. Also stehen wir doch dazu!

Aber ich möchte darauf hinweisen, dass bei der Festlegung einer Rente die Möglichkeit einer gewissen Steuerung doch da ist, so dass man eventuellen Missbräuchen, die plötzlich eintreten könnten, entgegentreten könnte.

Es liegt mir sehr daran, dass wir hier ehrlich sind und nicht sagen, dass die Mittel zurzeit falsch oder am falschen Ort eingesetzt werden, sondern dass wir offen dazu stehen, dass uns dieser Export von Kapitalien ein gewisses Bauchweh verursacht.

**Frick:** Ich war bis heute morgen der Ansicht, dass dem Antrag der Kommissionsmehrheit Folge zu leisten sei. Die jetzige Diskussion hat mich eines andern belehrt. Ich möchte zwei Gedanken einbringen.

Viele sprechen von einem grossen Kapitalexport und wollen – das hat Bundesrat Cotti bereits bei der AHV gesagt – eine Breche in unser System schlagen, wonach wir in unserer Gesetzgebung nur ändern, was durch den EWR bedingt ist. Bei der AHV schien mir eine Ausnahme in dem Sinne richtig, dass wir den Einbruch gemacht haben; er war zweckmässig, weil grosse Gelder auf dem Spiel stehen.

Aber hier in diesem Zusammenhang – ich höre Zahlen von unter 10 Millionen Franken – besteht nur eine kleine Gefahr eines Kapitalexportes. Ich frage mich, ob das allein es rechtfertigt, einen Einbruch zu machen – und ich meine nein.

Ein zweiter Gedanke: Es gibt aufgrund dieser Gesetzgebung, die jetzt eliminiert werden soll, immerhin Renten bis zu 1000 Franken. Man hat uns wiederholt das Argument vorgelegt, es gehe darum, Bagatellrenten zu verhindern. Wenn dem so ist, müssen die Befürworter darauf hinarbeiten, dass ein Mindestbetrag der Rente festgesetzt wird, um Kleinstbeträge zu verhindern. Es scheint mir nicht gerechtfertigt, ein ganzes System abzuschaffen, das in vielen Fällen notwendig ist, nur weil auch Bagatellrenten möglich sind. Da schiessen wir über das Ziel hinaus.

**M. Petitpierre:** Je voudrais très brièvement tenter de tempérer quelque peu l'affirmation de M. Delalay. Les sommes consacrées au quart de rente ne seront pas totalement économisées car la plupart de ces demandes, abusives ou non, seront simplement portées au niveau de la demi-rente. Donc, lorsqu'on dit «cela coûte tant, on va l'économiser», je voudrais qu'on dise «cela coûte tant, il y aura probablement à peu près les mêmes frais pour des demandes, abusives ou non, portant sur une demi-rente».

**M. Cotti,** conseiller fédéral: M. Frick vient de relever, à juste titre, que dans ce cas également la commission propose de toute manière une modification qui n'est pas demandée par l'EEE. Ce n'est pas la faute de l'EEE si la proposition est faite, mais plutôt pour des raisons d'opportunité, – Mme Weber l'a dit exactement – c'est la peur de l'exportation, qui a aussi amené le Conseil fédéral à cette proposition. Je tiens à rappeler encore une fois que nous nous trouvons dans un secteur qui peut être librement décidé par le Parlement.

Le Conseil fédéral vous a fait cette proposition pour des raisons différentes que je me permets d'évoquer encore brièvement. Effectivement, les attentes, pour ce qui avait trait au quart de rente, lorsque cette rente a été introduite – c'est ce qu'on m'a dit car je n'ai pas suivi à ce moment-là ces débats – les attentes allaient beaucoup plus loin que ce qui s'est avéré par la suite. On parlait d'au moins 20 000 quarts de rente qui auraient pu être concédés, on en est à 4000. La demande et les besoins ont été largement inférieurs à ce que l'on prévoyait. En même temps, nous savons qu'en outre le quart de rente n'apporte pas une réponse complète aux besoins, de telle sorte que nous avons souvent des rentes supérieures. A propos de l'intervention de M. Petitpierre qui disait que, même si on devait abolir cette rente, le danger que l'on accorde des rentes supérieures subsisterait, il faut préciser que ce même

danger existe déjà maintenant puisque la tentative est de ne pas se limiter au quart de rente mais d'aller au-delà.

Cela dit, après le débat qui vient d'avoir lieu, je considère cette proposition, parmi toutes celles présentées par le Conseil fédéral – qui ne dépendent pas de l'application rigoureuse du droit européen mais qui sont laissées à notre appréciation – comme la moins importante, parce que les moyens financiers mis en jeu ainsi que les prévisions de coûts sont modestes. Bien que demandant au Conseil des Etats de confirmer la proposition du Conseil fédéral, je reconnais que nous sommes dans un cas limite. Je ne suis pas non plus insensible aux raisonnements qui ont été faits et qui démontrent qu'un non éventuel pèserait lourd sur l'EEE, ce que bien sûr nous ne voulons pas. Donc si, à votre avis, ce pas qui devrait permettre de décharger la campagne sur l'EEE ne doit pas être franchi, telle n'est pas l'opinion du Conseil fédéral. De mon côté, je n'irai pas au-delà de cette argumentation.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	17 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit/Petitpierre	15 Stimmen

#### **Art. 39 Abs. 1, 2; 40 Abs. 2, 3**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 39 al. 1, 2; 40 al. 2, 3**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 42**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kündig,** Berichterstatter: Die Aufhebung erfolgt aufgrund der Ueberführung der Hilflosenentschädigung in die Ergänzungsleistungen.

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Gliederungstitel vor Art. 43; Gliederungstitel vor Art. 46; Art. 52 Abs. 2 Bst. d; 60 Abs. 1 Bst. c; 76 Abs. 1, 2 erster Satz**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre précédant l'art. 43, titre précédant l'art. 46, art. 52 al. 2 let. d; 60 al. 1 let. c; 76 al. 1, 2 première phrase**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. II**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Abs. 1*

Viertelsrenten, die vor dem Inkrafttreten dieses Bundesbeschlusses ausgerichtet wurden, werden weiterhin ausgerichtet, sofern der Invaliditätsgrad nicht unter 33 1/3 Prozent fällt.

##### *Abs. 2*

Streichen

#### **Ch. II**

##### *Proposition de la commission*

##### *Al. 1*

Les quarts de rente alloués avant l'entrée en vigueur de l'arrêté fédéral continueront d'être versés tant que le degré d'invalidité du bénéficiaire n'est pas inférieur à 33 1/3 pour cent.

##### *Al. 2*

Biffer

**Kündig**, Berichterstatter: Hier darf ich davon ausgehen, dass man dem Kommissionsantrag, diese Viertelsrente für bisherige Versicherte weiterzuführen, im Sinne einer Uebergangsbestimmung auch zustimmen wird.

*Angenommen – Adopté*

### Ziff. III

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### Ch. III

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

23 Stimmen

Dagegen

7 Stimmen

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

92.057-34

**EWR. Anpassung des Bundesrechts  
(Eurolex)  
Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen  
zur Alters-, Hinterlassenen-  
und Invalidenversicherung. Aenderung  
EEE. Adaptation du droit fédéral  
(Eurolex)  
Loi fédérale sur les prestations  
complémentaires à l'assurance-vieillesse,  
survivants et invalidité. Modification**

Botschaft II und Beschlussentwurf vom 15. Juni 1992 (BBI V 520)  
Message II et projet d'arrêté du 15 juin 1992 (FF V 506)

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Entrer en matière

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles*

### Titel und Ingress, Ziff. I Ingress

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### Titre et préambule, ch. I préambule

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### Art. 2 Abs. 1, 1quater, 2, 2bis (neu), 5

*Antrag der Kommission*

*Art. 2 Abs. 1, 1quater, 2, 2bis (neu)*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Unverändert

### Art. 2 al. 1, 1quater, 2, 2bis (nouveau), 5

*Proposition de la commission*

*Art. 2 al. 1, 1quater, 2, 2bis (nouveau)*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

Inchangé

**Kündig**, Berichterstatter: Auf Seite 2 der Fahne steht unter Artikel 2 Absatz 5 beim Entwurf des Bundesrates «Aufgehoben», also streichen, und beim Antrag der Kommission «Beibehalten des geltenden Gesetzestextes», d. h. unverändert.

Da hat die Kommission in der Eile des Gefechtes übersehen, dass mit der Beibehaltung der Viertelsrente als Uebergangslösung der bisherige Text nicht mehr notwendig respektive sinnstößend ist, weil damit in Härtefällen die Zusatzleistungen nicht möglich wären. Man müsste also dem Bundesrat zustimmen und Absatz 5 streichen.

*Angenommen gemäss modifiziertem Antrag der Kommission*

*Adopté selon la proposition modifiée de la commission*

### Art. 2a, 2b, 2c (neu)

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### Art. 2a, 2b, 2c (nouveaux)

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### Art. 3 Abs. 3 Bst. d

*Antrag der Kommission*

d. .... nach Artikel 8a;

### Art. 3 al. 3 let. d

*Proposition de la commission*

d. .... de l'article 8a;

*Angenommen – Adopté*

### Gliederungstitel vor Art. 8a

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### Titre précédant l'art. 8a

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### Art. 8a

*Antrag der Kommission*

Abs. 1

.... hilflos werden. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### Art. 8a

*Proposition de la commission*

Al. 1

.... au minimum une impotence de degré moyen. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### Art. 8b–8e

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**EWR. Anpassung des Bundesrechts (Eurolex) Bundesgesetz über die  
Invalidenversicherung. Aenderung**

**EEE. Adaptation du droit fédéral (Eurolex) Loi fédérale sur l'assurance-invalidité.  
Modification**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Augustsession
Session	Session d'août
Sessione	Sessione di agosto
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.057-33
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.08.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	705-709
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 549

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.